

Interview mit Günter Verheugen in EUmagazin (April 2003)

Legende: Interview mit Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für die Erweiterung seit September 1999.

Quelle: EUmagazin. Unabhängige Zeitschrift für Wirtschaft, Recht und Politik in der Europäischen Union.

RHerausgeber Zeller, Horst; Grittmann, Gunter. 4/2003, 35. Jahrgang. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. ISSN 0946-4689. " Im Interview: Günter Verheugen", p. 19-21.

Urheberrecht: (c) Nomos Verlagsgesellschaft

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_gunter_verheugen_in_eumagazin_april_2003-de-78ddd4cb-8182-4082-93c0-012e58414a1e.html

Publication date: 02/12/2013

Im Interview: Günter Verheugen

„Die EU ist ein politisches Projekt, das eine räumliche Begrenzung haben muss“

Ohne Krisenszenarien ist es der Europäischen Union gelungen, die Verhandlungen in der größten Erweiterungsrunde ihrer Geschichte erfolgreich abzuschließen. Kommissionsmitglied Günter Verheugen hat seine Aufgabe gemeistert. Doch die nächsten Beitrittskandidaten stehen bereits vor dem Tor.

EUmagazin: Die anstehende Erweiterung, die größte in der Geschichte der Europäischen Union, ist ein wahrhaft historisches Ereignis. Hatten Sie bei Ihrem Amtsantritt Zweifel, dieses doch recht ehrgeizige Ziel binnen so kurzer Zeit zu erreichen?

Verheugen: Zunächst muss ich sagen, dass ich überrascht war, als diese Aufgabe auf mich zukam. Es war eine weitreichende Entscheidung von Romano Prodi, für eine EU-Erweiterung eine eigene Generaldirektion einzurichten und mit dieser Aufgabe speziell einen Kommissar zu beauftragen. Das hatte es zuvor noch nie gegeben. Am Anfang hatte ich schon meine Zweifel, ob wir die Erweiterung um zehn Mitgliedstaaten während unserer Amtszeit im Wesentlichen vollenden könnten. Dass wir es schaffen könnten, hat sich erst im Laufe der ersten 12 bis 18 Monate ergeben. Als ich merkte, dass es geht, habe ich alles getan, um es möglich zu machen.

EUmagazin: Und wie haben Sie es möglich gemacht?

Verheugen: Das Wichtigste war, den ganzen Erweiterungsprozess so anzulegen, dass die Mitgliedstaaten und die Kandidaten das Gefühl hatten, dass sich die Kommission in diesem Prozess als ehrlicher Makler sieht, der die Interessen beider Seiten berücksichtigt, ausbalanciert und Vorschläge macht, mit denen alle Betroffenen gut leben können. Am Ende ist es politisch gesehen eine Frage des Vertrauens. Ich glaube, dass meine Hauptarbeit darin bestand, Vertrauen zu schaffen, und ich glaube, dass mir das gelungen ist.

EUmagazin: Das hört sich recht einfach an. Liefen die Beitrittsverhandlungen tatsächlich so reibungslos ab?

Verheugen: Natürlich gab es in den Verhandlungen, so zum Beispiel über die Frage der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, einige außerordentlich schwierige Kapitel, bei denen unterschiedliche Interessen und Positionen sehr hart aufeinander prallten. Als besonders schwierig stellte sich das gesamte Wettbewerbskapitel heraus. Einige Kandidatenländer hatten große Investitionen durch langfristige Steuerbefreiungen angezogen, die mit dem EU-Recht unvereinbar sind. Außerordentlich komplex war das Kapitel „Freier Kapitalverkehr“, da es hier um die Frage des Grunderwerbs in den Beitrittsländern ging. Ein schweres Unterfangen war auch die Innen- und Justizpolitik, bei der es um die Grenzsicherheit ging. Hinzu kamen eine ganze Reihe politischer Nebenfragen, die viel Zeit in Anspruch nahmen und uns allen sehr viel Kraft abverlangten. Als Beispiel möchte ich das Kernkraftwerk Ignalina in Litauen, eines vom Typ Tschernobyl, erwähnen. Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, dieses ohne größere innenpolitischen Probleme stillzulegen. Noch mehr Schwierigkeiten hatten wir, die Frage des Kernkraftwerks Temelin in der Tschechischen Republik zu lösen. Bei Temelin handelt es sich um ein neues Kraftwerk, gegen das Österreich einen Einspruch eingelegt hatte. Wir mussten einen Weg finden, um die Österreicher und Tschechen zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Das war ein außerordentlich mühsamer Prozess, der ein Jahr lang dauerte. Wir haben es geschafft. Als kompliziert erwies sich dann die Kaliningrad-Frage, bei der es um die Regelung des Reiseverkehrs zwischen Russland und Kaliningrad geht, der künftig durch EU-Territorium führt. Hinzu kamen immer wieder erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten in dem ein oder anderen Land.

EUmagazin: Dennoch konnten die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden. Können Sie sich nun ganz entspannt zurücklehnen?

Verheugen: Viele Leute haben mich gefragt, was der Kommissar für Erweiterung macht, wenn die

Verhandlungen zu Ende sind. Dazu kann ich sagen, dass die Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien noch nicht abgeschlossen sind und dass die Verhandlungen mit den zehn Kandidaten nur ein relativ geringer Teil des gesamten Beitrittsprozesses waren. Das völlig Neue an dieser Erweiterung ist ja, dass wir nicht nur verhandeln, sondern dass wir die ost- und mitteleuropäischen Länder mit sehr hochentwickelten Vorbeitrittsinstrumenten durch einen Transformationsprozess begleitet und somit in die Lage versetzt haben, die politischen, wirtschaftlichen und demokratischen Voraussetzungen zu erfüllen. Dieser gesamte Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Wir arbeiten mit voller Kraft weiter und werden auch nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis zum tatsächlichen Beitrittszeitpunkt der Kandidaten das sogenannte Monitoring fortsetzen und beobachten, ob alle Verpflichtungen eingehalten werden. Um dies sicherzustellen, werden wir sechs Monate vor dem Beitrittsdatum nochmals einen umfassenden Bericht über den diesbezüglichen Fortschritt der Beitrittskandidaten vorlegen.

EUmagazin: Damit die Erweiterung zum Erfolg wird, muss die EU noch eine Reihe grundlegender Reformen auf den Weg bringen. Vor diesem Hintergrund kommt den Arbeiten des Konvents über die Zukunft Europas eine zentrale Bedeutung zu. Wie beteiligen sich die Beitrittskandidaten an der Arbeit des Konvents?

Verheugen: Die Kandidatenländer spielen im Konvent eine aktive Rolle und sind keine einfachen Beobachter. Bei der Regierungskonferenz, die sich an den Konvent anschließen wird, werden sie von Anfang an gleichberechtigt sein und ein volles Teilnahmerecht haben. Allein schon aus diesem Grund betrachten die Beitrittsstaaten ihre Aufgabe im EU-Konvent als große Chance. Zum ersten Mal können sie an der Gestaltung der europäischen Zukunft mitwirken. Das tun sie mit großer Leidenschaft und mit viel Sachkunde. Ich habe den sicheren Eindruck, dass es ihnen in der derzeitigen Auseinandersetzung um intergouvernementale Zusammenarbeit oder Gemeinschaftsmethode darum geht, die Gemeinschaftsmethode, das Gemeinschaftsrecht und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken zu wollen.

EUmagazin: Die Verhaltensweise einiger Beitrittskandidaten in jüngster Zeit weist aber in eine ganz andere Richtung. Sollte man nicht auch von ihnen im Geist einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erwarten können, dass sie sich der EU gegenüber solidarisch und loyal verhalten?

Verheugen: Wir erwarten von den Kandidatenländern, dass sie gemeinsame Positionen der Europäischen Union übernehmen und vertreten. Das war bislang stets so, auch in der Irakfrage. Nachdem es zu einer Auseinandersetzung gekommen war, wurde ein Sondergipfel in Brüssel einberufen, der mit der Festlegung einer gemeinsamen Position endete. Am Tag danach wurde diese von allen Kandidaten ohne jede Schwierigkeit übernommen. Ich glaube nicht, dass die Sorge berechtigt ist, dass wegen der neuen Mitglieder die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht auf die Beine kommen wird. Ob sie auf die Beine kommt, weiß ich nicht. Wenn nicht, dann wird es nicht an den Neuen liegen.

EUmagazin: Ist es denkbar, dass das „alte Europa“ die pro-amerikanischen Beitrittsstaaten als Vermittler braucht, um die transatlantischen Beziehungen zu verbessern und zu intensivieren?

Verheugen: Das ist ein interessanter Aspekt. Ich glaube, dass die Neuen sich sehr wohl bewusst sind, dass es zwischen einer europäischen Einigung und guten transatlantischen Beziehungen gar kein Gegensatz besteht. Daraus einen Gegensatz zu machen, wäre fatal. Wir müssen in Westeuropa verstehen, dass die Staaten und Völker in Mittel- und Osteuropa eine ganz andere Geschichte haben, und deshalb bestimmte Dinge ganz anders beurteilen. Fragt man zum Beispiel Tschechen oder Ungarn, wer ihrer Meinung nach für den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums verantwortlich ist, dann werden sie nicht – wie ich – sagen, dass es die Europäer mit ihrer Entspannungspolitik waren, sondern sie würden stets betonen, dass es die Amerikaner gewesen seien. Dass sie das so sehen, ist ein Faktum, wofür wir niemand kritisieren sollten. Die daraus entstehenden stärkeren emotionalen Bindungen an die USA sollten wir benutzen, um den transatlantischen Dialog zu verstärken und zu verbessern. Durch diese Beziehung sehe ich eine zusätzliche Möglichkeit der Verständigung. Wir sollten es nicht zulassen, dass sich Europa in ein pro-amerikanisches oder pro-europäisches Lager teilt, wobei das pro-europäische Lager mit anti-amerikanisch gleichgesetzt wird. Man kann ja gegen die Politik der jetzigen amerikanischen Administration und gleichwohl an einer transatlantischen Partnerschaft interessiert sein.

EUmagazin: Angesichts der neuen Geographie nach der Erweiterung werden Länder der NUS unsere direkten Nachbarn. Ist es insofern nicht für die Europäische Union von großem Interesse, eine aktivere Rolle in dieser Region zu spielen?

Verheugen: Ich glaube schon, dass wir auf diese neue Konstellation besonders eingehen müssen. Unsere östlichen Nachbarn wie die Ukraine, Weißrussland, Moldavien werden mit der Erweiterung viel näher an uns heranrücken. Und unsere neuen Mitglieder in Ost- und Mitteleuropa werden es nicht erlauben, dass wir unsere östlichen Nachbarn vernachlässigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir eine sehr viel intensivere Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln müssen und auch können.

EUmagazin: Müssen in diesem Zusammenhang nicht auch die EU-Beziehungen zu Russland überdacht werden?

Verheugen: Mit Russland unterhalten wir bereits gut entwickelte vertragliche Beziehungen, die noch ausgebaut werden können. Ein völlig neues Fundament der europäisch-russischen Beziehungen halte ich nicht für notwendig. In diesem Zusammenhang wird Kaliningrad noch einmal wichtig werden. Obwohl ich hoffe, dass die Transitfrage ein für alle Mal geregelt ist, und es keine neuen Schwierigkeiten geben wird, konnte die eigentliche Frage, die Kaliningrad betrifft, noch nicht gelöst werden. Es gilt zu verhindern, dass die Enklave Kaliningrad zum Armenhaus wird und durch dieses Problem über kurz oder lang erhebliche wirtschaftliche soziale und auch politische Spannungen ausgelöst werden. Kaliningrad ist und bleibt ein Teil der Russischen Föderation, aber gleichwohl kann dieser Teil in eine engere und fruchtbare Zusammenarbeit einbezogen werden. Hinsichtlich dieser Problematik habe ich noch Sorgen, denn bislang ist die Kaliningradfrage nur unter dem Gesichtspunkt des Transits betrachtet worden. Wir sind bereit, mit den Russen über diese Problematik zu reden, um sicherzustellen, dass Kaliningrad durch die EU-Erweiterung profitiert.

EUmagazin: Zu den Prioritäten der griechischen Ratspräsidentschaft zählen die Bereiche Einwanderung, Asyl und Kontrolle der Außengrenzen. Wer trägt die Verantwortung für die Sicherheit an den Außengrenzen der erweiterten EU?

Verheugen: Die Verantwortung für die Sicherheit unserer künftigen Außengrenzen liegt bei den neuen Mitgliedstaaten. Da diese Frage eines der ganz zentralen Themen in unseren Verhandlungen war, haben wir die Vorbeitrittsinstrumente sehr intensiv dazu genutzt, die neuen Mitglieder auf diese Aufgabe vorzubereiten und sowohl die entsprechenden Sicherheitseinrichtungen an den Grenzen zu schaffen als auch das notwendige Personal bereitzustellen und dieses entsprechend auszubilden und zu schulen. Für diese Grenzsicherheit haben wir sehr viel Geld ausgegeben und meines Erachtens bereits große Fortschritte gemacht. Hinzu kommt, dass die neuen Mitglieder nicht sofort Schengen angehören werden. Diese Entscheidung wird erst dann getroffen, wenn sicher ist, dass die neuen Außengrenzen dasselbe Sicherheitsniveau wie die jetzigen haben.

EUmagazin: Ist mit einer weiteren Erweiterungswelle zu rechnen?

Verheugen: Was die nächsten Schritte angeht, so ist bisher nur klar, dass Rumänien und Bulgarien auf jeden Fall Mitglied der EU werden. Das vorgesehene Datum ist 2007. Allerdings hängt dieser Beitritt davon ab, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt alle Voraussetzungen einwandfrei erfüllt haben. Dann haben wir die Türkei, die ein Kandidat ist. Die Frage, wann und ob Beitrittsverhandlungen mit ihr aufgenommen werden, entscheidet sich am Ende des nächsten Jahres auf der Grundlage eines Berichts der Kommission, der Auskunft darüber geben soll, ob die Türkei die politischen Beitrittsvoraussetzungen erfüllt oder nicht. Bis heute erfüllt sie sie nicht, obwohl sie enorme Fortschritte gemacht hat.

Dann haben wir jetzt den Beitrittsantrag von Kroatien auf dem Tisch, der zunächst an den Ministerrat, der sich damit befassen muss, ging. Das normale Verfahren ist, dass der Rat sodann die Kommission auffordert zu prüfen, inwieweit Kroatien die Beitrittsvoraussetzungen erfüllt. Erst wenn diese sehr gründliche Prüfung abgeschlossen ist, wird man sagen können, ob Kroatien die Möglichkeit hat, die Verhandlungen schnell

abzuschließen oder nicht. In diesem Zusammenhang möchte ich eine leichte Warnung aussprechen. Es kann sein, dass die Schwierigkeiten, die mit einem Beitritt Kroatiens verbunden sind, ein bisschen unterschätzt werden. Die Übernahme des Gemeinschaftsrechts ist eine unglaublich anspruchsvolle Aufgabe, insbesondere für ein Land, das sich noch immer in der Transformation befindet. Ich traue mir im Augenblick ein Urteil über den Stand der EU-Reife Kroatiens nicht zu.

EUmagazin: Und wie beurteilen Sie die Beitrittsambitionen der anderen ex-jugoslawischen Länder?

Verheugen: Über die anderen Balkanländer kann man auf den ersten Blick sagen, dass sie sowohl von den politischen als auch den wirtschaftlichen Voraussetzungen noch weit entfernt sind. Das ändert aber nichts daran, dass wir in unserem eigenen Interesse eine sehr entschlossene Politik weiter betreiben müssen, was wir ja durch unsere Stabilisierungs- und Assoziierungspolitik tun, um diesen Ländern auf ihrem schweren Weg zu helfen. Ich glaube, dass das keiner besser kann als die Kommission, und bin stolz darauf, sagen zu können, dass es vermutlich keine Institution auf der Welt gibt, die so viel Erfahrung mit der Begleitung von Ländern hat, um sie durch einen politischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Transformationsprozess zu führen. Ich glaube ebenso, dass es weltweit keine andere Institution gibt, die so viel praktische Erfahrung in der Verwirklichung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Staaten hat, die aus einer Diktatur kommen. Dieses Wissen und die Erfahrung der Kommission bleiben erhalten und kommen den künftigen Beitrittskandidaten zugute.

EUmagazin: Wo hört Ihrer Meinung nach Europa auf, wie definieren Sie Europa?

Verheugen: Zu diesem Thema gibt es viele Möglichkeiten und Szenarien. Ich rate davon ab, die Vorstellung zu haben, dass die europäische Einigung zwangsläufig darauf hinausläuft, den ganzen Raum, den wir geographisch als Europa bezeichnen, und zu dem es unterschiedliche Auffassungen gibt, in den EU-Raum zu integrieren. Wenn ich gefragt werde, wie ich Europa definiere, dann habe ich damit große Schwierigkeiten. Das fängt mit der geographischen Definition, der Frage, wo Europa aufhört, schon an. Europa kulturell zu definieren, indem man sagt, Europa ist da, wo die Werte des alten Europas realisiert sind, macht die Sache nicht leichter. Ich würde eher sagen, dass die Europäische Union ein politisches Projekt ist, das auch eine gewisse räumliche Begrenzung haben muss. Ganz einfach aus dem Grunde, da sonst unsere politischen und materiellen Möglichkeiten überfordert werden. Diese Tatsache sollten wir auch erkennen. Eine Möglichkeit wäre es zum Beispiel, wie es Romano Prodi ausdrückte, einen Ring von Staaten, mit denen die EU freundschaftlich verbunden ist, zu legen und zu ihnen sich stets weiter entwickelnde privilegierte Beziehungen zu unterhalten, ohne diese Staaten an den Entscheidungsprozessen der EU zu beteiligen. Das wäre für die nächsten Jahrzehnte ein mögliches Rezept. Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, dass es keine abschließende Antwort für das Projekt Europa gibt, weder was die politische Geographie noch was die Substanz der Integration angeht.

*Das Gespräch mit Günter Verheugen führte
Heide Newson in Brüssel.*